

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 2

Artikel: Neue Krise in Prag
Autor: Fabius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

NEUE KRISE IN PRAG

Die tschechoslowakische Tragödie nimmt weiter den von Moskau vorgezeichneten Lauf. Am 17. April ist auf der Sitzung des ZK-Plenums in Prag der Erste Parteisekretär *Alexander Dubcek*, mit dessen Namen der Reformkurs der Nach-Novotny-Ära verbunden ist, von seinem Posten abgelöst und durch den slowakischen Parteichef *Gustav Husak* ersetzt worden. Der personelle Wechsel an der Parteispitze markiert zwar nur eine Etappe in dem sukzessiven Abbau der «Liberalisierungsmassnahmen», der seit der sowjetischen Invasion vom vergangenen 21. August in der CSSR betrieben worden ist. Die Absetzung Dubceks hat jedoch demonstrativen Charakter: der tschechoslowakischen Bevölkerung soll gezeigt werden, dass der Kreml entschlossen ist, die Prager Politiker, die im Frühjahr und Sommer 1968 dem sowjetischen Druck Widerstand leisteten, nach und nach in den Hintergrund zu drängen und sie schliesslich ganz von der politischen Bühne verschwinden zu lassen.

Vorzeichen

Dubceks Sturz kam nicht unerwartet. Ein Vorsignal, dass die sowjetischen Machthaber planten, die Männer des Reformkurses allmählich auszuschalten, erhielt man bereits um die Jahreswende, als Parlamentspräsident *Josef Smrkovsky* seines Postens enthoben wurde. Damals kam es zu einer scharfen Reaktion der Bevölkerung, die im Freitod des Studenten *Jan Palach* und der von ihm ausgelösten Welle von Selbstverbrennungen kumulierte. Der

sowjetische Druck lockerte sich darauf etwas, aber es war offensichtlich, dass es sich nur um eine befristete Atempause handelte.

Ende März wurde die Schraube wieder stärker angezogen. Die spontanen Demonstrationen in der Tschechoslowakei nach dem Eishockeysieg über die Sowjetunion boten den Anlass, die Prager Führung zu schärferen *Zensurmassnahmen* zu zwingen. Der Überfall auf ein Büro der Aeroflot, dessen Hintergründe bisher nicht aufgeklärt werden konnten, gab den Russen Gelegenheit, auf den angeblich gewalttätigen Charakter der antisowjetischen Kundgebungen hinzuweisen und Vorbeugungsmassnahmen zu verlangen. Die Reise Verteidigungsminister *Gretschkos* nach der Tschechoslowakei diente dazu, den sowjetischen Drohungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig wurde eine wilde Gerüchtekampagne entfesselt. Dubcek, hiess es, sei nach Moskau gerufen worden; kurz darauf wurde diese Meldung wieder dementiert. Am Vorabend des Prager ZK-Plenums wiederholte sich das Spiel, so dass es schliesslich auch dem Aussenstehenden klar werden musste, wie gefährdet die Position des tschechoslowakischen Parteichefs war. Die am späten Abend des 17. April bekanntgegebene Absetzung Dubceks bildete deshalb keine Überraschung mehr. Eine mögliche Protestreaktion wurde so von vornherein aufgefangen. Trotzdem nahmen die Sicherheitsorgane in den Stunden nach dem Abgang Dubceks zahlreiche *Verhaftungen* vor und führten ausgedehnte *Razzien* durch, um irgendwelche unkontrollierten Demonstrationen schon im Keime zu ersticken.

Neue Taktik der Sowjets

Es ist schon in den Wochen, die der sowjetischen Intervention vom 21. August 1968 folgten, offensichtlich geworden, dass Moskau in der Tschechoslowakei anders vorgeht als gegenüber Ungarn im Herbst 1956. Diese neue Taktik kann jedoch nicht ohne weiteres als Ausdruck grundsätzlich milderer Methoden gegenüber aufsässigen Satellitenstaaten interpretiert werden. Die tschechoslowakischen Reformer haben sich von Anfang an vorsichtiger verhalten als Imre Nagy im Oktober 1956. Dubcek hat mit Umsicht alles vermieden, was die Sowjets zu rigorosen Gegenmassnahmen hätte provozieren können. Damit ist zwar der Einmarsch nicht verhindert worden, aber den Machthabern im Kreml war doch die Möglichkeit offen geblieben, mit dem Reformerkreis zu verhandeln und schliesslich Dubcek und seine Gruppe – nachdem ihr durch Verhaftung und Deportation nach Moskau ein gehöriger Denksatz verabreicht worden war – wieder in ihre Ämter einzusetzen. Moskau hielt sich damit die Möglichkeit offen, die Reformer zu Bütteln seiner Unterdrückungspolitik zu machen und sie damit in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren oder sie einzeln, einen nach dem andern, kaltzustellen. Im Falle Smrkovskys und Dubceks haben die Sowjets den zweiten Weg gewählt, und zwar in Form einer *stufenweisen Degradierung*: Smrkovsky blieb nach seinem Ausscheiden als Parlamentspräsident im Januar vorläufig noch in der Parteiführung; Dubceks Ablösung bot nun Gelegenheit, Smrkovsky völlig auszuschalten. Dubcek selber ist Mitglied des Parteipräsidiums geblieben und wird sogar zum Parlamentsvorsitzenden vorgeschlagen; es ist nicht ausgeschlossen, dass in einer späteren Etappe der Rückführung der CSSR in den Pferch des «sozialistischen Commonwealth» Dubcek endgültig aus den Führungsgremien verschwindet.

Husaks Doppelgesicht

Eine undurchsichtige Rolle spielte in den letzten Monaten der neue Parteisekretär

Gustav Husak. Als *Opfer des Stalinismus* hat er zweifellos wenig Sympathien für die im Januar 1968 gestürzte Novotny-Clique, und er hat in seiner engeren Heimat, der Slowakei, bei den personellen Umbesetzungen der letzten Monate die Anhänger Novotnys aus den Schlüsselpositionen verdrängt. Auch dem massiven Druck der Sowjets gegenüber hat er sich stets standhaft gezeigt. Andererseits führte er gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen Dubcek und dessen Reformkurs und bot sich deshalb Moskau als geradezu ideale Alternative zu Dubcek an.

Die Sowjetunion ist damit ihrem bisherigen vorsichtigen Kurs in der Tschechoslowakei treu geblieben, dem Land keine extremen Lösungen aufzuzwingen. Leute, die der Linie Moskaus viel näher stehen als Husak – so zum Beispiel *Lubomir Strougal* – wären zur Verfügung gewesen. Die Russen haben darauf verzichtet, diese Politiker in den Vordergrund zu schieben. Möglicherweise sparen sie sie für eine spätere Gelegenheit auf; vielleicht hofft Moskau aber auch darauf, Husak werde die CSSR in einer Weise führen wie *Gomulka* es mit Polen tat, dessen Weg vom hoffnungsvollen Höhenflug des Oktobers 1956 schliesslich zum doktrinen Dogmatismus zurückführte.

Neue Spannungen im Fernen Osten

Obwohl sich der chinesisch-sowjetische Konflikt in den letzten Wochen etwas entspannt hat, bleibt die Lage im Fernen Osten weiterhin unsicher. Mitte April spitzte sie sich vorübergehend sogar zu, als die Nordkoreaner über dem Japanischen Meer ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug abschossen. Nach amerikanischer Darstellung hat sich der Zwischenfall weit ausserhalb der nordkoreanischen Hoheitszone ereignet. In den Vereinigten Staaten wurden unliebsame Erinnerungen an die Aufbringung des Erkundungsschiffes «Pueblo» geweckt, das im Januar 1968 von den Nordkoreanern gekapert worden ist. Das Trauma der «Pueblo»-Affäre belastet Amerika noch immer, und einen Augen-

blick lag die Vermutung nahe, die USA würden mit einem Vergeltungsschlag reagieren, der die latenten Spannungen im Fernen Osten automatisch akut verschärft hätte.

Präsident Nixon hat jedoch von einem solchen spektakulären Schritt abgesehen und sich mit einer massiven Drohung an die Adresse Nordkoreas begnügt und angekündigt, die Vereinigten Staaten setzten trotz dem Zwischenfall ihre Aufklärungsflüge weiter fort. Dass es kaum zu einer harten Konfrontation kommen würde, war vorauszusehen gewesen. Staatssekretär Rogers erster Kommentar klang sehr zurückhaltend. An der Suche nach Überlebenden des abgeschossenen amerikanischen Militärflugzeuges beteiligten sich neben Einheiten der US-Flotte überraschenderweise auch *sowjetische Schiffe*. Diese gemeinsame russisch-amerikanische Aktion war ein bezeichnendes Symptom für die augenblicklichen Beziehungen zwischen Moskau und Washington. Die beiden Grossmächte befinden sich noch immer im Vorfeld der von der neuen Administration angekündigten Kontaktversuche. Nixon möchte in der gegenwärtigen *Anlaufphase* seiner Amtszeit nichts unternehmen, was die von ihm angestrebte Entspannungspolitik von vornherein belasten könnte. Auf der Suche nach einer profilierten Aussenpolitik möchte der Präsident zunächst erst tastend vorgehen und Anfangsspannen vermeiden. Amerikas Kurs ist deshalb auf Abwarten und Zurückhaltung abgestimmt, und es scheint, dass der Kreml diese Haltung vorläufig respektiert und die Lage zumindest an jenen *Nahtstellen* der internationalen Politik nicht kompliziert, wo die Interessensphären der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion direkt zusammenstossen.

Viermächtevermittlung im Nahostkonflikt

Tastende Kontakte charakterisieren auch das Verhalten der Grossmächte in der *Nahostfrage*. Nach langer Verzögerung sind in New York die Grossen Vier auf Botschaftebene zusammengetreten, um Lösungsmöglichkeiten im israelisch-ara-

bischen Konflikt zu suchen. Ihre Bemühungen sind vorläufig noch kaum über das Anfangsstadium hinausgediehen. Zweifellos sind die Chancen für ein Scheitern grösser als die Erfolgsaussichten. Das Ende der Mission des schwedischen Diplomaten *Gunnar Jarring*, der sich seit Ende 1967 vergeblich darum bemüht hatte, eine Annäherung der beiden Konfliktparteien herbeizuführen, ist ein wenig ermutigendes Vorzeichen für die Viererverhandlungen in New York.

Während die vier Botschafter in New York eine Kompromissformel suchen, dauert im Nahen Osten der *Kleinkrieg* weiter. Täglich wird die Waffenruhe verletzt, sei es durch Schiessereien im Jordantal, durch Artillerieduelle längs des Suezkanals oder durch Infiltration von Gruppen der «Al-Fatah»-Organisation nach Israel und den besetzten Gebieten. Die gesteigerte arabische Aktivität dient zweifellos als Geräuschkulisse für die New Yorker Gespräche: den Grossmächten soll demonstriert werden, wie explosiv die Lage im Nahen Osten nach wie vor ist.

Weiter erschwert wird die Vermittlungsaktion durch die am Konflikt unmittelbar beteiligten Parteien. Israel, das in der Vergangenheit mit Interventionen der Grossmächte schlechte Erfahrungen gemacht hat, drängt deshalb nach wie vor auf *direkte Verhandlungen* mit den Arabern und lehnt jede von aussen her aufoktroyierte Lösung von vornherein ab. Die Araber wiederum können sich nicht auf eine gemeinsame Linie ihrer Aussenpolitik einigen. Allen verbalen Manifestationen zum Trotz ist die arabische Welt heute zerrissener denn je. Eine Lösung des Konflikts wird dadurch nicht erleichtert. Das labile Gleichgewicht, wie es sich nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 herausgebildet hat, bleibt deshalb weiter bestehen – mit allen Belastungen für den Weltfrieden, die sich aus einer solchen prekären Situation in einem Gebiet ergeben, in dem sich die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen so stark überschneiden wie im Nahen Osten.

Fabius